

Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementspreis
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu
diesem Preise incl. Postausschlag Bestellungen an.



Der Insertionspreis
beträgt pro einpaltige Zeile 10 Pf. Anzeigen werden bis
Dienstag und Freitag Mittag erbeten.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.
Einrückungsaufträge an alle
auswärtigen Blätter werden ohne Preisausschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöck in Bütow.

Verlag und Redaktion von J. Glöck in Bütow.

Nr. 93.

Freitag, den 18. November

1892.

Eine sozialpolitische That

darf man wohl mit Recht den wohlgegründeten Antrag des Vorstandes der schlesischen Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt in Breslau nennen, wonach fortan im Rahmen der Einkünfte aus dem verfügbaren Vermögen der Anstalt alljährlich eine Million Mark für die Errichtung oder Erweiterung von Arbeiterwohnungen verwendet werden können.

Nachgrabe sind der Worte über die große soziale Bedeutung der Wohnungsfrage für die städtische und wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklassen genug gewechselt. Endlich müssen auch Thatsachen erfolgen. Zur Beseitigung der schlechten und ungesunden Wohnungen geschieht von den Gemeinden so viel wie nichts, weil die Kostenfrage dabei nicht leicht zu lösen ist, und von der Reichsregierung ist ein Gesetz gegen das ungesunde Wohnen, wie es kein Eringerer als Herr Dr. Miquel entworfen und begründet hat, noch nicht einmal angehängt worden. Wer also ernstlich an der Verbesserung der Wohnungs-Verhältnisse arbeiten will, muß vor allem gute, gesunde und billige Wohnungen schaffen und darbieten, um auf diese Weise die schlechten zu verdrängen, bis Gefährdung und Verwahrlosung auch ihrerseits nachlassen. Von gemeinnützigen und arbeitserleichternden Kreisen ist zwar Anerkennenswertes bereits geleistet worden, am wenigsten zweifelnd ist der Privat-Spekulation, alles in allem jedoch nicht viel im Verhältnis zur Nachfrage. Es ist daher sehr erwünscht, daß die gemeinnützigen Wohnungsbestrebungen jetzt in den Versicherungsanstalten eine hilfreichere Hand finden.

Die Anstalt Breslau will keine neuen Wege zur Lösung der Arbeiterwohnungsfrage einschlagen, sondern an die gegebenen Anfänge anknüpfen, sie beabsichtigt auch nicht, Arbeiterwohnhäuser zu bauen oder anzukaufen, oder doch nötigenfalls ausnahmsweise nur in Breslau selbst, wo sie die Verwaltung ihrer vertretenen Beamten übertragen könnte. Im allgemeinen will sie sich auf die Gewährung von Darlehen beschränken und der freien Tätigkeit der Gemeinden, milder Stiftungen, der Arbeitgeber, den gemeinnützigen Baugesellschaften und den Arbeitergenossenschaften die Lösung der Arbeiterwohnungsfrage überlassen. Auch die bestimmte Art der Fürsorge, ob Gemeinnützigkeit, Einzel- oder Familienhaus, ob Eigentumsübertragung oder Vermietung will sie vorerst nicht beeinflussen, zunächst nur die zweckentsprechende Verwendung der bereitgestellten Gelder überwachen und unmittelbar erst eingreifen, falls unter ihrer mittelbaren Mitwirkung die Arbeiterwohnungsfrage ihrer Lösung nicht näher gebracht werden sollte. Um die Erfahrungen der Darlehensnehmer kennen zu lernen und zu verbreiten, will sie von ihnen fortlaufende Berichte über die verschiedenen Arten der Wohnungsfürsorge und deren Erfolge einfordern.

Bei der Verteilung der Darlehensgelder soll möglichst gerecht verfahren werden und zwar nach Maßgabe des Verhältnisses der Anteile der einzelnen Bezirke an den Creditmitteln aus dem Marktwertauf. Stadt und Land sollen gleichmäßig bedacht werden, damit nicht etwa der ohnehin starke Zug der städtischen Arbeiter in die Stadt durch deren Begünstigung noch vermehrt wird. Nicht nur die Arbeiter des Großhandels und der Großindustrie, sondern auch die Angehörigen der Kleinbetriebe sind zu berücksichtigen, letztere besonders durch Begünstigung der gemeinnützigen Baugesellschaften und Baugenossenschaften.

Dochon die Versicherungsanstalt Breslau im Jahre 1891 über 1,3 Millionen Mark an verfügbarem Ueberschüssen für Arbeiterwohnungsarbeiten aufzuweisen hatte, will sie doch vorerst jährlich nicht über 1 Million Mark dafür verwenden. Die Darlehen sollen zu 3 Prozent bei regelmäßiger Tilgung, unkündbar, gegen ausreichende Sicherheit gegeben werden, so daß bei sorgfamer Verwaltung die Gefahr etwaiger Verluste ausgeschlossen ist.

In Uebereinstimmung mit den Wünschen der Reichsregierung haben sich bereits verschiedene Versicherungsanstalten bereit erklärt, mit ihren verfügbaren Geldern den gemeinnützigen Vorhaben zur Lösung der Arbeiterwohnungs-

frage zu Hilfe zu kommen. Allein noch keine Anstalt hat so umfassend und erschöpfend und zugleich so zweckmäßig und durchsichtig, wie diejenige zu Breslau, die Grundstücke aufgestellt, von denen sie sich bei der Durchföhrung ihrer Absicht leiten zu lassen gedenkt. Vielleicht empfiehlt es sich, daß die verschiedenen Versicherungsanstalten Deutschlands sich über die Grundstücke bei Bewilligung von Darlehen zu gunsten von Arbeiterwohnungen verständigen und dabei den vortrefflichen Breslauer Entwurf zur Unterlage nehmen. (D. W.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser, den am Dienstag beim Aufbruch zur Jagd in Wernigerode ein Hornquartett begrüßte, kehrte nach den vor- und nachmittags abgehaltenen Treibjagden von Wernigerode aus mittels Sonderzügen nach dem Neuen Palais zurück. Am Freitag gedachte der Kaiser zur Abhaltung einer größeren Jagd nach der Gohrde zu fahren und am nächsten Abend wieder in Potsdam zu sein. Wie verlautet, hat der Kaiser die Einladung des Königs von Sachsen zu einer am 2. d. in Dörsigburg stattfindenden Jagd angenommen.

*Am Dienstag nachmittag fand eine Sitzung des Bundesrats statt. In dieser wurden sämtliche Voranschläge, außer dem Militäretat, genehmigt. Der von Bayern gestellte Antrag wegen Abänderung der Gewerbeordnung (beim Gewerbebetrieb im Umherziehen) wurde dem Ausschuss für Handel und Verkehr zur Prüfung überwiesen. Der Entwurf von Vorschriften für die steuerliche Verwendung von unbenutztem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken wurde nach den Anträgen der Ausschüsse, wonach die Vorschriften am 1. April 1893 in Geltung treten sollten, angenommen. Ferner wurde die Vereinbarung erziehender Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Oesterreichs und Ungarns einerseits und Deutschlands andererseits rüchlichst der bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände, sowie der Entwurf zweier neuen Anlagen zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, dem Antrag der Ausschüsse entsprechend, angenommen.

*Die durch die militärischen Forderungen veranlaßte Reichssteuervorlage sind, wie nun auch die „Nat.-Lib. Storr.“ hört, jetzt im Reichstagsamt fertig gestellt und werden nach den vorangegangenen Vorbesprechungen unter dem Bundesrat voranschicklich ohne Schwierigkeiten durch den Bundesrat gehen, so daß sie wahrscheinlich noch während der Beratung der Militärvorlage im Reichstag eingebracht werden können. Es sind die bekanntesten Gegenstände, die zu einer Erhöhung der Reichseinkünfte herangezogen werden sollen: Tabak, Bier, Branntwein und Wörze.

*Nachdem in der letzten Sitzung der deutsche Gewerbeverein's-Verband sich einstimmig für obligatorische Gewerbesteuer auszusprechen, beschloß die versammelte Innungen stündlich die Abänderung einer Petition an die Regierung, in der diese ersucht wird, den Wünschen der Gewerbevereine keine Folge zu geben, vielmehr sich für Vabwörterfamern zu entheben. Ferner soll die Zentrumspartei erlucht werden, in dieser Frage sofort Stellung zu nehmen.

*Der bekannte Freier v. Münch, Reichstagsabgeordneter für den 8. württembergischen Wahlkreis, will sein Mandat niederlegen. Er thut diese Absicht kund in einer Erklärung an seine Wähler, die ebenso wunderbar ist als sein Auftreten im Reichstag.

Oesterreich-Ungarn.

*Die Kaiserin von Oesterreich beabsichtigt, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ mitteilt, demnächst eine Reise nach Indien zu unternehmen.

*Nachdem der russische Thronfolger Wien wieder verlassen, ist daselbst am Dienstag der König und der Thronfolger von Rumänien eingetroffen. Im Laufe des Tages wurden die höchsten Höflichkeitshuldigungen ausgetauscht.

*Eine Deputation von zwölf litauischen Abgeordneten Mährrens begründete den neugetählten Fürstbischof Koch von Olmitz und brühte ihre Freude darüber aus, daß er den Wirklichkeitsbesitz des heiligen Methodius besitze. Als mächtigster Metropolit sei er auch dazu berufen, bei der katholischen Königskrone und dem Herrscher die Krone auf das Haupt zu setzen.

*Das neue ungarische Ministerium unter dem Vorsteher des (auch bisherigen) Finanzministers Eötvös ist endlich zu Stande gekommen. Graf Ludwig Tisza, der Bruder des frühere ungarischen Ministerpräsidenten, ist Minister für die Finanzen des Königs geworden. Nach der großen Ueberschwemmungs-Katastrophe von Segedin wurde Ludwig Tisza als königlicher Kommissar nach Segedin geschickt. Der Kaiser erhob dann Ludwig Tisza in den Grafenstand mit dem Prädikate „Segedin“. Seit dem Jahre 1884 vertritt Graf Tisza Segedin im ungarischen Parlament.

Frankreich.

*In den vielen schweren Verlegenheiten des Ministeriums Coubet hat sich eine neue gefüllt: die Panama-Anglegenheit. Die Kammer hat, wie gemeldet, urtheillich und mit auffallender Einstimmigkeit ein Gesetz angenommen, dessen Zweck ist, Lespès mit den anderen ehemaligen Verwaltern der Panama-Gesellschaft vor die gewöhnlichen Gerichte zu verweisen, wenn der Prozeß gegen diese Gesellschaft zu Stande kommt. Die Kammer hätte nicht deutlicher erklären können, daß sie den Prozeß will. Dagegen wollte ihn die Regierung aus Furcht vor großem Skandal vermeiden. Nur der Justizminister Ricard ist in diesem Punkte nicht mit seinen Kollegen einverstanden, wie er denn ausdrücklich in die Annahme des besagten Gesetzes willigte. Die Angelegenheit hat im Ministerrat zu lebhaftem Streit geführt und dabei ist nun Ricard Sieger geblieben. Wenigstens wird gemeldet, der Generalstaatsanwalt, der bisher den Prozeß niederzulegen wollte, habe nachträglich beschloffen, die gerichtliche Verfolgung einzutreten zu lassen.

*Wie aus Paris verlautet, wäre der Beschluß des Marineministers betreffs der schlesischen Abänderung von Verfassungen und Kriegsmaterial nach Dahomey durch eine Dredge des Obersten Dodds veranlaßt, wonach die Dahomeyer sich vor Dahomey in einer selten, mit Geschützen armierten Stellung fortrichteten. (Ganz gefest haben die Franzosen demnach also noch nicht!)

*General Faillh, der 1870 das 5. französische Korps befehligte, ist am Dienstag in Compigne gestorben.

England.

*Bei einem Festmahle in Bristol hielt George Trevelyan als Vertreter des Ministeriums die Hauptrede; nach einer glänzenden Verteidigung der irischen Politik der Regierung erklärte Trevelyan, das Ministerium sei entschlossen, fühne, durchgreifende Reformen in jedem Zweige des nationalen Lebens, der der Verbesserung bedürftig durchzuführen. Beim sogenannten „Korps-Gespräch“ sprach Lord Ashbourne und Lord Beauchamp; letzterer sagte, die konservative Opposition würde jede liberale Vorlage, die eine Verfassungsänderung bezwecke, aufs äußerste bekämpfen; das Land bedürfte sozialer, nicht politischer Reformen.

Belgien.

*Die Erregung in Belgien hält an. Die Vereinigung der Arbeiterpartei beschloß die Organisation der Propaganda zu gunsten eines allgemeinen Ausstanzes aller Arbeiter Belgiens zur Erzielung des allgemeinen Stimmrechts im ganzen Lande, die Einberufung eines Kongresses der Arbeiterpartei im Dezember, sowie die Bildung der Propaganda unter dem lebenden Heere. Ferner wurde beschlossen, die Bürgergarden, die gelegentlich der Kammereröffnung zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts manifestierten, zu beglückwünschen. In Löwen fand trotz des Verbothes eine Versammlung unter freiem Himmel für das allgemeine Stimmrecht statt. Es wurden heftige Reden gehalten. 6000 Teilnehmer zogen durch die Straßen inmitten dicht gedrängter Volksmassen. Die Polizei griff den Zug wiederholt mit der blanken Waffe an; sie wurde aber zurückgedrängt. Nach Schluß der Kundgebung fand eine neue Versammlung statt. Die Polizei wurde ausgehört und mit Steinen geworfen, griff aber nicht ein.

Schweiz.

*Mit jedem Tage werden die Ausichten auf das Zustandekommen des französisch-schweizerischen Handelsvertrages trüber. So hat die Zoll-Kommission am Dienstag bei der Vorbereitung des französisch-schweizerischen Handelsabkommens alle Zolltarif-Veränderungen abgelehnt. Andererseits hat der Bundesrat in Ver: die Erklärung abgegeben, daß er sich, betr. das Handelsabkommen, auf keine weiteren Unterhandlungen einlasse. Das Uebersichtliche ist unverändert anzunehmen; das zu verwerfen.

Italien.

*Nach dem Ergebnis der Stichwahlen zählt die neue italienische Kammer 320 Liberale, 40 ministerielle Kandidate, 100 Sozialrepublicaner, 10 Republikaner, 3 Sozialdemokraten und 20 Abgeordnete von unbestimmter Parteistellung. Die Regierung verhält also vorläufig über eine reichliche Zweidrittelmehrheit, wenigstens so lange die Einheit der Mehrheit dauert.

Spanien.

*Der in Madrid erscheinenden „Epoca“ zufolge sind die deutsch-spanischen Handelsvertrags-Verhandlungen so weit gediehen, daß der Vertrag den am 5. Dezember zusammen tretenden Cortes vorgelegt werden dürfte.

Balkanstaaten.

*Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Sultan in der Abschiedsaudienz, die er dem General Brialmont erteilte, diesem die Mitteilung gemacht, daß alle seine Vor schläge zur Beseitigung Konstantinopels zur Ausführung gelangen würden. Mit der Durchführung der Vorarbeiten zur Herstellung des geplanten Fortgürtels um Konstantinopel ist auf Antrag des Generals Brialmont der Unterbefehl des Generalstabes, Divisions-General Freiherr v. d. Goltz Pascha betraut worden. Die Vorarbeiten sollen bis zum Frühjahr vollendet werden. General Brialmont wird im April oder Mai nächsten Jahres wieder auf einige Wochen nach Konstantinopel kommen, um den Beginn der eigentlichen Bauten zu überwachen.

*General Brialmont ist in Sofia eingetroffen als Gast des Fürsten Ferdinand. Seine Anwesenheit betreffe die Beseitigung Sofia's und Philippopols.

Von Nah und Fern.

Der Kaiser hat neue Selgoländer Fischer, die bei der großen Parade in Berlin im August dieses Jahres zugegen waren, wie das „Berg. Wochenbl.“ mitteilt, seine Photographie in Kabinettform in einem vergoldeten, mit einer Krone verzierten Rahmen gemalt. Die Bilder wurden den Fischern von dem Regierungs-Assessor v. Giffenart-Nahe nach einer Ansprache im Beisein der versammelten Gemeindevertretung überreicht.

Ueber die begrenzte Berliner Ausstellung, für die sich kürzlich ein Komitee von Berliner Interessenten ausgesprochen hat, äußert sich die „Nord. Allg. Ztg.“ in einer anscheinend offiziellen Erklärung sehr sympathisch. Das Blatt teilt mit, daß die leitenden Regierungskreise dem Unternehmen freundlich gegenüberstünden, wosmit die wichtige Bürgerschaft für das Gelingen des Plans gewonnen sei. Der Initiative von Berliner Stadter werde es jedenfalls gelingen, wie bei der städtischen Verwaltung so auch bei allen industriellen und gewerblichen Kreisen Deutschlands ausreichende Theilnahme zur Beteiligung an einer Berliner Ausstellung herbeizuführen, um in würdiger Weise hervorzutreten.

Im ein Original reicher ist Berlin augenscheinlich. In den belebtesten Straßen bemerkt man einen Mann, der ohne Kopfbedeckung seine Schwämme „mit leibentartigen Loden“ zur Schau trägt. Er stammt aus Wickenfeld in Bayern und nennt sich „Naturmensch.“ Sein Anzug besteht lediglich aus Joppe und Leintuch und wiegt, wie der Sonderling erklärt, nur drei Viertel Kilogramm; er trägt angeblich im strengsten Winter nichts weiter. Sein naturwissenschaftliches Evangelium predigt er in einer kleinen Broschüre, die er mit seinem Kontenfeils geschmückt hat und für 10 Pfennig verkauft. Am Schluß dieser „Naturgesundheitslehre“ steht das treffliche Wort: „A mehr der Mensch mit Weidern unthält ist, desto größer der Scheiter ins Hren.“

Vom Millionär zum Adressenkreiber. Ein großes Berliner Geschäftshaus läßt gegenwärtig die Verfertigung seines Adressenverzeichnisses vorbereiten. Die Verarbeiten sind des großen Umfanges wegen der Gehaltsverwaltung von Wogenen übergeben worden. Es drückt nicht ohne Interesse sein, daß zu dem Schreiben der Konten-Adressen Milton Wolff verwendet wird, der einstige Millionär, Bankier und Geheim-Kommissionär.

Das Projekt der Eindeichung der Warthe kann nunmehr als gesichert angesehen werden. Das Staatsministerium hat einstimmig beschlossen, daß Staat und Provinz hierzu 1 300 000 Mark beizutragen haben. Zwischen diesen hat, wie die „Vol. Ztg.“ mitteilt, noch eine Steigung stattzufinden, welche Quote auf jeden der